

**Zeitschrift:** FRAZ : Frauenzeitung  
**Band:** - (1996-1997)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Zwischen Baukasten und Sankt Nimmerlein : Strategien gegen Deregulierung und Flexibilisierung  
**Autor:** Braun, Anneliese  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1053738>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Zwischen Baukasten und Sankt Nimmerlein

Strategien gegen Deregulierung und Flexibilisierung

**Die Forderungen feministischer Politik müssen der Situation in den späten 90er Jahren angepasst werden und deshalb von der heutigen Deregulierung ausgehen, meint die Autorin. «Qualifikationsoffensive», subventionierte Teilzeittellen, Jahres- und Lebensarbeitszeit schlägt sie als zeitgemässe Antworten auf die Deregulierung der Wirtschaft vor.**

Von Anneliese Braun\*

Unter dem Druck von Strukturkrisen, Massenarbeitslosigkeit und Haushaltslöchern bedienen Flexibilisierung und Deregulierung derzeit einseitig Unternehmensinteressen. Erwerbstätigen und Erwerbslosen wird mit der Verlagerung oder Vernichtung von Arbeitsplätzen gedroht, falls sie nicht bereit sind, empfindliche Abstriche am Lebensstandard hinzunehmen. Das Akzeptieren von Verschlechterungen wiederum ermuntert den Appetit der Unternehmen weiter und fördert somit die nach unten gerichtete Spirale des Abbaus sozialer Rechte. Wohin wird dieses ständige Zurückweichen vor dem Druck der Unternehmen führen? Werden dadurch schliesslich Rechtsstaat und zivilgesellschaftliche Entwicklungen ausgehöhlt und akut gefährdet? Diese Frage ist höchst aktuell, wenn der – wie im einzelnen auch immer bewertete – Sozialstaat durch unbegrenzten marktwirtschaftlichen Wildwuchs abgelöst wird, grosse Teile der Bevölkerung aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt bleiben und die Polarisierung zwischen arm und reich zunimmt. Deshalb ist es wichtig, sich darüber zu verständigen, ob es einfach dem Sinn für Realitäten entspricht, sich damit abzufinden, immer tiefer in das Karussell von Deregulierungen hineingezogen zu werden oder ob es Alternativen gibt.

**Keine «Politik der kleinen Nadelstiche»**  
Feministische Politik ist ins Rutschen gekommen, weil sie zu lange an Positionen und Forderungen unverändert festgehalten hat, welche der Situation in den 90er Jahren in vielem nicht mehr entsprechen. Neue Politikansätze müssten deshalb von den Veränderungen ausgehen, welche sich inzwischen bei Deregulierung und Flexibilisierung herauskristallisieren. Neue Trends zeigen sich vor allem in der inzwischen erreichten Stärke, der Intensität und Ausbreitung einer fast ausschliesslich auf UnternehmerInneninteressen ausgerichteten Flexibilisierung. Frauen können davon profitieren. Mehrheitlich erleben sie es jedoch, und die Flexibilisierung der Wirtschaft ist für sie mit Verlusten verbunden. Offen ist, ob die gemeinsame Betroffenheit von Facharbeiterinnen sowie von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und von Män-

nern zu gemeinsamen Aktivitäten führen kann. Derzeit ist es eher so, dass sich der Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze zwischen den Geschlechtern verschärft. Unterprivilegierte Männer sind in der Regel besser organisiert als Frauen. Sie setzen sich somit selbst in Niedriglohnbereichen gegen Frauen durch und drängen diese in Teilzeit sowie in andere ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse.

Ein Trend zu Niedriglöhnen wird durch derzeitige Formen internationaler Mobilität (Migration) gefördert. Dadurch wächst auch die Konkurrenz um Frauen-Arbeitsplätze (zum Beispiel Pflegerinnen, Krankenschwestern sowie Hausangestellte). Es sind deshalb internationale gemeinsame Strategien erwerbstätiger und erwerbssuchender Frauen (und Männer) gefragt.

Entwertung von Frauenarbeit zeigt sich aber auch weiterhin in der bekannten Beschäftigung vieler Frauen unter ihrer Qualifikation. So verdrängen nicht nur Männer mit einer schlechteren Qualifikation höher qualifizierte Frauen von ihren Arbeitsplätzen, sondern Akademikerinnen wiederum verdrängen Facharbeiterinnen und diese wieder un- und angelernte Frauen. Dieser Trend besneidet die – sowieso schon begrenzten – emanzipatorischen Effekte von Erwerbsarbeit immer mehr und bringt vor allem weniger verdienende, alleinerziehende erwerbstätige Frauen dauerhaft an den Rand der Armut.

Wachsende Teilnahme von Frauen an der Erwerbsarbeit ist deshalb kein «Wert an sich». Sie muss danach analysiert werden, ob und in welchem Mass sie emanzipatorische Potenzen eröffnet, d.h. vor allem, wie sie Frauen hilft, ökonomisch unabhängig zu werden. Das bedeutet, immer wieder zu prüfen, ob das Arbeitseinkommen existenzsichernd ist (einschliesslich einer Altersvorsorge), ob das Arbeitszeitregime persönlich frei wählbar ist und wie es nach lebensbiographischen Erfordernissen flexibel ausgestaltet werden kann, ob die Qualifikation abgefordert und ob zur weiteren Qualifizierung motiviert wird.

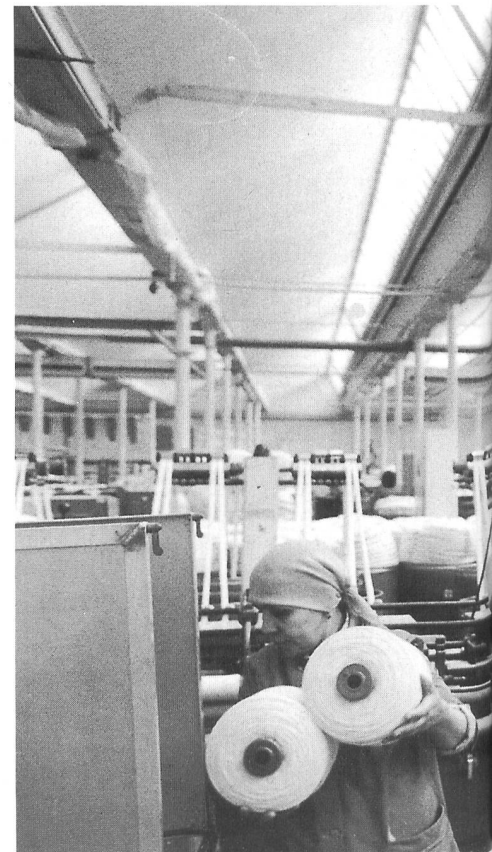
## «Qualifikationsoffensive»

Die Tatsache, dass Frauen nach wie vor unter ihrer Qualifikation beschäftigt werden, darf keineswegs dazu führen, weitere Qualifizierung geringzuschätzen. Erforderlich wäre im Gegenteil eine Qualifikationsoffen-

sive, damit Frauen aller Altersgruppen sich eine solide und genügend breite Ausbildung erarbeiten können, welche sie in die Lage versetzt, auf vielen Gebieten flexibel einsetzbar zu sein und selbständig ihre Bildung immer wieder zu erneuern. Das müsste sowohl die Qualifizierung in der Privatwirtschaft betreffen als auch die Befähigung, selbständig ein Geschäft zu eröffnen, sich an anderen eigenständigen Projekten zu beteiligen sowie zur Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs. Eine solche Qualifikationsoffensive müsste sich befreien von den engen Zwängen einer «Weiterbildung», welche allzuoft nur eine scheinbare Qualifizierung vorgibt, tatsächlich aber zu Dequalifizierung führt. Für zu enge Qualifizierung wird derzeit ungeheuer viel Geld ausgegeben.

Eine Qualifizierungsoffensive müsste den Lebensläufen von Frauen insofern angepasst sein, als sie gewissermassen ein

Foto: Gretler's Panoptikum zur Sozialgeschichte/Uri Urech



«Baukastensystem» von Bildungsmaßnahmen bis zum Erwerb akademischer Grade aufbaut, in das Frauen jeweils problemlos ein- und nach Bedarf wieder zeitweilig aussteigen können. Eine Qualifizierungsoffensive würde allerdings weitgehend verhallen, wenn es Frauen nicht gelingt oder sie nicht dazu bereit sind, das derzeit noch vorwiegende «Nacheinander» von Erwerbsarbeit und Familie durch ein «Nebeneinander» abzulösen.

### Subventionierte Teilzeitarbeit

Als Gegenkonzept zur reinen und möglichst noch ungeschützten Teilzeitarbeit, welche Unternehmen praktizieren und konservative PolitikerInnen preisen, ist eine Subventionierung von Teilzeit-Arbeitsstellen denkbar: für in Teilzeitstellen Beschäftigte werden die vollen Beiträge an Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung und AHV bezahlt. Vorschläge in diese Richtung sind seit Jahren

bekannt. Es sind politische Kraft und ein frauenpolitischer Wille notwendig, um die Öffentlichkeit beharrlich mit diesen Forderungen zu konfrontieren. Auch wenn diese Vorstellungen derzeit «nicht in die Gegend zu passen» scheinen, mit Forderungen auf günstigere Bedingungen zu warten, würde bedeuten, sie faktisch auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben.

Bisherige kollektive Schutznormen wie die von den Gewerkschaften ausgehandelten Vereinbarungen und Gesamtarbeitsverträge haben inzwischen weitgehend ihre regulierende Funktion eingebüsst. Es wird seit längerem über neue kollektive Schutznormen, welche der Flexibilisierung der Arbeitszeit Rechnung tragen, diskutiert. Eine Aufrechnung der Arbeit in Jahres- und Lebensarbeitszeit ist eines der möglichen Modelle. Frauen (und Männer) könnten wählen, wann sie persönlich Zeit in Anspruch nehmen wollen für Weiterbildung, für Betreuung

von Kindern und pflegbedürftigen Angehörigen, für freie Projekte und anderes. So wäre eine Zeitsouveränität denkbar und die Möglichkeit, in bestimmten Lebensphasen Teilzeit zu arbeiten, mit dem Recht, zur Vollzeitarbeit zurückzukehren, und zwar mit dem vollen Schutz der ArbeitnehmerInnen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter. Solche kollektiven Schutzrechte könnten den speziellen Belangen weiblicher Berufsbiographien in vielem entgegenkommen. In engem Zusammenhang damit sollte auch die Umwertung von Arbeit gesehen werden: Familienarbeit, Arbeit zur unmittelbaren Reproduktion des Lebens, ehren-

amtliche und soziale Pflegearbeit sollte zu Ansprüchen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter berechtigen.

### Ohne Emanzipation kein Überleben

Globale und totale Warenwirtschaft führt über weltweit freien Ressourcenfluss schon heute dazu, dass immer mehr Regionen und Ressourcen für das Kapital nicht länger interessant sind und faktisch schon partiell aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess herausfallen (wenigstens soweit es die Produktion betrifft). Das gilt nicht mehr nur für weite Gebiete des Trikont, sondern für immer zahlreicher werdende Regionen in Industrieländern: für die altindustriellen Gebiete der USA und Englands, für weite Teile Ostdeutschlands, für Osteuropa, ebenso wie für nicht wenige ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen in Frankreich, Italien, Deutschland und anderen Ländern.

Dazu kommt, dass nicht nur in diesen Regionen mit der noch weiter anwachsenden Sockelarbeitslosigkeit schon bis zu 30% der erwerbsfähigen Bevölkerung dauerhaft aus einer Erwerbsarbeit ausgegrenzt sind. Aktuell wird deshalb die Frage nach lokalen alternativen Formen des Wirtschaftens und Kommunizierens, wobei keineswegs der Illusion gehuldigt wird, Ausgegrenzte allein könnten solche Alternativen schaffen.

Zukunftsträchtige Alternativen zur profitorientierten Warenwirtschaft müssten dauerhafte Grundlagen nicht allein für das bloße Überleben, sondern für ein selbstbestimmtes Handeln, eine Entfaltung aller Fähigkeiten und für ein zivilisiertes Zusammenleben von Männern und Frauen schaffen. Das bedeutet insbesondere, gegen totale Vermarktung anzugehen, systematisch Freiheiten zu erkämpfen und zu erweitern, welche sich ausserhalb des Reiches der Notwendigkeit befinden. Vor allem bezieht sich das auf Wissen, Kunst, Diskurs- und Konsensfähigkeit, um in der Lage und bereit zu sein, gemeinschaftlich Bedürfnispräferenzen festzulegen, welche Lebensgrundlagen verbessern. Kommunikatives Handeln ist zunehmend gefragt, um Lebensgrundlagen gegen wachsende moralische Degradation zu verteidigen.

\*Anneliese Braun ist Ökonomin und lebt in der Nähe von Berlin

Durch den weltweiten freien Ressourcenfluss fallen immer mehr Regionen aus dem kapitalistischen Produktionsprozess heraus, so die Textilindustrie in der Schweiz



# Entfesselter Markt und schlanke Betriebe

Deregulierung –  
Auswirkungen auf Frauen

Irène Meier

Die Studie, welche die OEKUMENISCHE FRAUENBEWEGUNG ZÜRICH herausgegeben hat, blickt hinter die Versprechungen und untersucht konkrete Auswirkungen von Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Erfahrungen von Frauen in deregulierten Beschäftigungsverhältnissen dokumentieren eine Vielfalt von prekären Arbeits- und Lebenssituationen.

Preis Fr. 20.– (plus Versandkosten)

Zu beziehen bei:  
Oekumenische Frauenbewegung Zürich  
Postfach 254  
8024 Zürich

INSTITUT FÜR BILDUNG BERATUNG  
& KOMMUNIKATION  
BÜHLER & HERREN

☞ Projektentwicklung

☞ Projektbegleitung

☞ Seminare

- für Erwerbslose
- für politische Bildung
- für Öffentlichkeitsarbeit
- für Kommunikation
- für Text und Formulierung

Informations- und Bewerbungs-  
seminare für Erwerbslose (IBS)

14. IBS: 16.-27. 09. 96

15. IBS: 18.-29. 11. 96

16. IBS: 2.-14. 12. 96

GARTEMATT 8180 BÜLACH 01 860 79 50

IBBK

## Wenn Sie Eigentümerin eines Hauses oder einer Wohnung sind ...

... dann sind Sie ganz besonders auf eine gute Beratung angewiesen. Aber im Schweizerischen Hauseigentümerversband würden Sie sich nie wohl fühlen. Deshalb gibt es den **HAUSVEREIN SCHWEIZ**.

Im **HAUSVEREIN SCHWEIZ** schliessen sich die sozialorientierten und umweltbewussten Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer zusammen. Der **HAUSVEREIN SCHWEIZ** engagiert sich auch ganz speziell für alle Formen des gemeinschaftlichen Wohneigentums.

Der **HAUSVEREIN SCHWEIZ** liefert die nötigen Merkblätter und Formulare und berät seine Mitglieder sachkundig z. B. bei Erwerb, Umbau oder Vermietung von Wohnraum sowie bei Neuregelung der Eigentumsverhältnisse. Zudem berichtet die Mitgliederzeitschrift **Hausverein Aktuell** regelmässig über alle Probleme und neuen Entwicklungen rund um das Haus.

Werden Sie Mitglied beim **HAUSVEREIN SCHWEIZ**. Gerne schicken wir Ihnen die Unterlagen mit Beitrittserklärung.



Postfach 6507, 3001 Bern  
Tel. 051 512 15 69  
Fax 051 512 23 06

# WoZ

DIE WOCHENZEITUNG

Luisenstrasse 7  
Postfach  
CH-8031 Zürich  
Telefon 01-272 15 00  
Fax 01-272 15 01  
E-mail [woz@woz.links.ch](mailto:woz@woz.links.ch)

ZeitSchriften mit dem besonderen Blick  
tauschen Anzeigen aus

W o z u m i t  
d e r F r a z ?

Lesen Sie doch selbst.

Die WoZ jeden Freitag am Kiosk.  
Ab 6. September mit  
neuem Layout!